



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **38. Sitzung (öffentlich)**

5. September 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (Vorsitzender)  
Bernhard Tenhumberg (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

7

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt „Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen“ von der Tagesordnung abzusetzen. Diese Änderung und das Vorziehen der Anhörung zum Kurortegesetz vor andere Punkte führen zu einer veränderten Reihenfolge und damit zu einer neuen Nummerierung.

#### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

9

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4600

Vorlage 14/1220 (Erläuterungsband)

In Verbindung mit:

**Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 – 2011**

Drucksache 14/4601

- Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Haushaltsgesetz 2008, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelplan 11)

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) berichtet. - Die Generalaussprache über den Einführungsbericht des Ministers wird aus Zeitgründen auf den 10. Oktober 2007 verschoben. Die Einzelberatung ist für den 10. Oktober 2007 und 31. Oktober 2007 vorgesehen. Am 7. November 2007 soll die Haushaltsberatung 2008 in einer außerplanmäßigen Sitzung abgeschlossen werden.

## 2 **Gesetz zur Novellierung des Kurortgesetzes sowie zur Aufhebung der Kurortverordnung und der Erholungsortverordnung und zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Kurortgesetz – KOG NRW)**

24

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4298

- Zuziehung von Sachverständigen gemäß § 56 Abs. 1 GeschO LT

| Institution  | Redner   | Stellungnahme/Zuschrift | Seite          |
|--|--|-------------------------|----------------|
| Nordrhein-Westfälischer Heilbäderverband e. V.         | Rolf von Bloh  | Stellungnahme 14/1445   | 24, 30, 36     |
| Gesundheitsagentur NRW GmbH                            | Hans-Joachim Bädorf  | -                       | 25, 31, 32, 37 |
|  | Hans Georg Kluge, StS a. D., Richter OVG a. D.               | Stellungnahme 14/1444   | 26, 32, 38     |
| Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW | Dr. Wolfgang Honsdorf, Bürgermeister der Stadt Bad Salzuflen | -                       | 27, 33, 39     |
| Kurverwaltung Bad Fredeburg                            | Thomas Weber   | Zuschrift 14/1022       | 28, 34, 39     |

- 3 Verordnung über die Fusion der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen** 40
- Vorlage 14/1145  
Anhörung des Ausschusses
- MDgt Ullrich Kinstner (MAGS) berichtet. - Der Ausschuss wird angehört.
- 4 Transparenz schafft Vertrauen – Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfordert konsequente Vorbereitung und Folgekostenabschätzung** 43
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4249  
– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Der Ausschuss kommt überein, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4249 ohne Votum an den federführenden Hauptausschuss weiterzuleiten.
- 5 „Älter werden – aktiv bleiben“ – Potenziale älterer Menschen erkennen und aktivieren** 44
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/4243  
– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Der Ausschuss kommt überein, den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/4243 ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration weiterzuleiten.

**6 Hochschulmedizingesetz (HMG)**

46

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4837  
– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt mehrheitlich überein, sich an der vom federführenden Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie am 11. Oktober 2007 durchzuführenden öffentlichen Anhörung von Sachverständigen nachrichtlich zu beteiligen.

**7 Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen**

47

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4834

Zuschrift 14/1045

In Verbindung mit:

**Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/3673

Ausschussprotokoll 14/425

Stellungnahmen und Zuschriften vgl. Ausschussprotokoll 14/425

– Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 18. Mai 2007

– Verfahrensabsprache

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung soll eine Anhörung durchgeführt werden (*31. Oktober 2007, 14 bis 16 Uhr*).

**8 Angebote zum „Flatrate-Saufen“ unterbinden**

48

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/4026  
Vorlage 14/1149

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/4026 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD ab.

**9 Verbesserung des Impfschutzes in Nordrhein-Westfalen verbindlich gesetzlich regeln**

52

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4350

– Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4350 soll im Beratungsgang bleiben, derzeit aber nicht zur Abstimmung stehen, da zunächst die Beratungen zum KiBiz abgewartet werden sollen.

**10 Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglohnsektor in NRW: Möglichkeiten eines sozialen Arbeitsmarktes nutzen – Modell eines „Bonus für Arbeit“ erproben**

53

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4250

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4250 wird für erledigt erklärt. - Die in der Sitzung angesprochenen Themen „Mehraufwand- und Entgeltvarianten bei Ein-Euro-Jobs“ und „Aufstocker beim ALG II“ sollen in einem gesonderten Punkt auf die Tagesordnung gesetzt und gemeinsam mit Frau Schönefeld von der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW, erörtert werden.

Seite

**11 Finanzierung und Leistungsangebot der Arbeitslosenzentren und  
-beratungsstellen sichern** 57

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4866

Zum Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4866 soll eine Anhö-  
rung durchgeführt werden (*Januar 2008*).

**12 Verschiedenes** 59

\*\*\*\*\*

## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Günter Garbrecht** schlägt vor, den Punkt „Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen“, zu dem kein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vorliege, von der Tagesordnung abzusetzen und im Rahmen einer noch anzuberaumenden Sondersitzung abzuhandeln.

**Norbert Post (CDU)** erklärt, sowohl der avisierte Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Krankenhausgestaltungsgesetz als auch der avisierte Änderungsantrag aller Fraktionen zum Transplantationsgesetz seien noch nicht fertiggestellt und eine vernünftige Auswertung der öffentlichen Anhörung zum Krankenhausgestaltungsgesetz auf der Grundlage der am Montag zugegangenen Niederschrift nicht möglich gewesen. Insofern folge man dem Vorschlag des Vorsitzenden, diesen Punkt nun abzusetzen und in einer Sondersitzung aufzurufen.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** bezeichnet es als unsäglich und eine Zumutung, dass im ohnehin extrem dichten Sitzungsplan eine Sondersitzung des Ausschusses notwendig werde, weil ein von den Koalitionsfraktionen avisierter Änderungsantrag noch nicht vorliege. Die den Änderungsantrag hervorrufende Baupauschale sei bereits vor der Anhörung zum Krankenhausgestaltungsgesetz angekündigt worden. Während der Anhörung seien hierzu keine Unklarheiten zutage getreten. Die Koalitionsfraktionen sollten sich bei zukünftigen Gesetzesinitiativen an den von den Obleuten aufgestellten Zeitplan halten und Änderungsanträge fristgerecht stellen.

Nach seiner Erinnerung, so **Norbert Post (CDU)**, sei das vor ein paar Jahren nicht sehr viel anders gewesen. Zudem gehe es hier nicht nur um den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Krankenhausgestaltungsgesetz, sondern auch um den Änderungsantrag aller Fraktionen zum Transplantationsgesetz, wo noch immer Rückläufe ausständen. Außerdem brauche man für eine vernünftige Auswertung der mehr als dreieinhalbstündigen Anhörung ein bisschen Zeit.

**Vorsitzender Günter Garbrecht** erinnert daran, dass er die Auswertung der Anhörung in dieser Sitzung von vornherein für unrealistisch gehalten und diesen Punkt auf Drängen der Obleute auf die Tagesordnung genommen habe. Nun zeige sich, dass der Zeitraum tatsächlich zu kurz gewesen sei.

In der Sondersitzung, die am 19. September 2007, ab 9 Uhr vor dem Plenum stattfinden könne, werde der Ausschuss auch über den Termin einer weiteren Anhörung zum Krankenhausgestaltungsgesetz zu befinden haben, für die sich – ohne der Beratung in der Sondersitzung und unter den Obleuten vorgreifen zu wollen – der 17. Oktober 2007 anbiete.

Damit sei der Punkt „Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen“ einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

**Rainer Schmeltzer (SPD)** hält eine höchstens einstündige Sondersitzung vor dem Plenum angesichts des umfangreichen Themas für zu knapp bemessen.

**Vorsitzender Günter Garbrecht** entgegnet, das Zeitkontingent für eine Beratung des Punktes im Rahmen dieser Sitzung hätte – realistisch betrachtet – sicher auch nicht mehr als eine Stunde betragen.

**Dr. Stefan Romberg (FDP)** stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, die erneute Anhörung am 17. Oktober 2007 durchzuführen. Die Sondersitzung jedoch sollte besser auf den 20. September 2007 terminiert werden, da am 19. September 2007 vor Beginn der Plenarsitzung die Vertreterversammlung für das Versorgungswerk stattfindet, wo zahlreiche Abgeordnete dieses Ausschusses eingebunden seien.

**Vorsitzender Günter Garbrecht** spricht sich dafür aus, die Termine an anderer Stelle festzulegen. Die hier gemachten Vorschläge dienen lediglich der Orientierung und sollten zeigen, dass sich der Vorsitzende und das Ausschusssekretariat bereits Gedanken über einen ordnungsgemäßen Ablauf der weiteren Beratungen gemacht hätten.

Der **Ausschuss** kommt überein, den Punkt „Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung lägen nicht vor, so **Vorsitzender Günter Garbrecht** weiter. Gegen 11 Uhr werde gegebenenfalls abweichend von der vorgesehenen Tagesordnung der Punkt „Kurortegesetz NRW“ aufgerufen, da die Sachverständigen ab diesem Zeitpunkt zur Verfügung stünden.

*(Die Absetzung des Punktes „Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen“ und die um 11 Uhr beginnende Anhörung zum Kurortegesetz führen zu einer veränderten Reihenfolge der Punkte und damit zu einer neuen Nummerierung.)*